

Wien, am Freitag, den 24. Dezember 1926.

Erste Seite.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 24. Dezember 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung nach halb elf Uhr vormittags. Es ergreift sofort Stadtrat Breitner zu seinen Schlusssausführungen über die Generaldebatte zum Voranschlag das Wort:

Wir haben vorgestern in diesem Saal zwei Reden gehört, die der Budgetdebatte das Gepräge gegeben haben. Es hat der Bürgermeister aufgezeigt, dass die Forderungen der Minderheit dem Grundsatz der Demokratie widersprechen. Er hat im Namen der Mehrheit ausgesprochen, dass diese Verlangen der Minderheit unmöglich erfüllt werden können, weil dies den Gesetzen der Selbstachtung nicht mehr entspräche. Der Bürgermeister hat über das Mass des Parteimannes hinaus, an die Minderheit die Bitte gerichtet, im Sinne der wahren Demokratie vorzugehen. Er hat vorgeschlagen, die neue Entscheidung der Wähler abzuwarten und bis dahin der Mehrheit nicht die Möglichkeit zu rauben, die Verwaltung in ihrem Sinne zu führen. Der Bürgermeister hat auch darauf hingewiesen, dass es unerwünscht sei, mit dem Paragraph 96 zu arbeiten. Herr Stadtrat Kunschak hat sich in seiner Rede dagegen verwahrt, dass man seiner Partei die Schuld zuschiebe, wenn nach dem 31. Dezember im städtischen Krankenhaus den Kranken keine Medizin verabreicht werden könnte und die Feuerwehr bei einem Brand nicht in Funktion treten könnte. Wir sagen, dass die Massenanzwendung des Paragraph 96 den demokratischen Anschauungen widerspricht. Und der Bürgermeister hat auch darauf verwiesen, dass er mitunter in Gefahr gerät, von seinen eigenen Parteifreunden missverstanden zu werden, weil er in seinem Bestreben, den Voranschlag rechtzeitig zu verabschieden, den Parteimann zurückgestellt hat. Er hat allerdings auf der Gegenseite kein richtiges Echo gefunden. Gemeinderat Kunschak hat in seiner Rede behauptet, dass die Mehrheit der Minderheit ihren Willen aufzwänge. Wir sollten aussprechen, dass unsere Personalpolitik eine parteiische ist, das wir die Anstellungen, Pensionierungen und Vorrückungen nur vom Gesichtspunkte eines kleinlichen Parteivorteiles vornehmen. Die Minderheit im Nationalrat hat oft Veranlassung gehabt an der Personalpolitik des Bundes, insbesondere in der Heeresverwaltung, berechnete Kritik zu üben. Aber niemals hat sie verlangt, dass die Mehrheit zugeben soll, dass sie die Verwaltung einseitig parteiisch führe.

St. R. Kunschak: So, da sind Sie schlecht informiert!

St. R. Breitner: Sie wissen aber auch, dass die zweite Forderung, die Sie gestellt haben, von der Gemeinde selbst gar nicht erfüllt werden kann. Sie verlangen da, dass die Gemeindeverwaltung bei Lohnverhandlungen und so weiter auch die Minderheitsgruppen heranziehe. Das kann sich die Gemeindeverwaltung gar nicht aussuchen, Sie muss mit der Gewerkschaft verhandeln, die die Mehrheit der Arbeiter oder Angestellten hinter sich hat. Sie kann diese Gewerkschaften nicht zwingen, dass sie auch Minderheiten zulassen. Bringen Sie uns das Einverständnis, dass die Gewerkschaft der Metallarbeiter, in der die überwiegende Mehrheit der Elektrizitätsarbeiter, die Gewerkschaft der chemischen Industrie, in der die Gasarbeiter, die übrigen Gewerkschaften, in denen die Mehrheit der Strassenbahner, der Unternehmungsangestellten und so weiter vereinigt sind,

wünschen, dass auch die Minderheiten zugezogen werden sollen, und wir werden nichts dagegen haben. Wenn Sie aber glauben, dass wir auf diese Gewerkschaften einen Zwang ausüben können und dadurch vielleicht ein Stillstand der Verwaltung eintreten könnte, dann irren Sie sich.

Sie haben verlangt, dass ein Betrag von 20 Millionen Schilling aus dem Budget gestrichen werde. Sie haben aber unterlassen das zu tun was notwendig gewesen wäre auszusprechen, nämlich festzustellen, welche Gemeindeausgaben gestrichen werden sollen. So einfach geht das nicht. Wenn dieser Betrag gestrichen werden sollte so könnte nur eine einzige Post gefunden werden, bei der das möglich wäre, nämlich die Post Hausbauten, denn sonst finden Sie im ganzen Gemeindebudget nur ganz kleine Posten, die vielleicht noch um eine kleine Summe herabgesetzt werden könnten aber ein solcher riesenhafter Betrag käme nur bei den Neubauten der Gemeinde Wien in Betracht. Aber gerade in diesem Punkte berühren Sie nicht etwas Nebensächliches in der Verwaltung der Mehrheit sondern etwas grundsätzliches, was eben den Gegensatz zwischen Ihnen und uns bildet. Wenn der Mieterschutz aufrecht erhalten werden soll, so kann dies eben nur durch ein intensives Bauen von Wohnungen geschehen, jede Kürzung des eingesetzten Betrages ist unmöglich, wir können deshalb diesen Wünschen unsere Zustimmung nicht geben. Sie wollen der Mehrheit den Willen der Minderheit aufzwingen. Das ist eine Taktik die nicht zum Erfolg führen kann. Es ist angedeutet worden, dass die Minderheit die Möglichkeit hat die Verwaltung zum Stillstand zu bringen. Ich kann darauf nur bemerken, dass auch dies unsere Auffassung nicht hindern wird. Sie werden vielleicht mit Ihrer Taktik das Wohlgefallen gewisser Steuerträger finden aber die grosse Masse des Volkes müsste durch ein solches Vorgehen aufgepeitscht werden und alles müsste sich zusammenschliessen gegenüber diesem koalitierten Bürgertum.

Herr Gemeinderat Kunschak hat in seiner dreistündigen Rede der Mehrheit ein Sündenregister vorgehalten und hat ihr insbesondere vorgeworfen, dass die Angestellten verfolgt, gepeinigt, misshandelt werden. Alle Beispiele die er angeführt erweisen sich als hinfällig. Es fällt uns gar nicht ein die Notwendigkeit und die Nützlichkeit einer Opposition zu leugnen. Wir könnten uns vielleicht mit der Tatsache abfinden, dass die Opposition um ein bis zwei Dutzend Mitglieder kleiner wäre (Heiterkeit bei der Majorität) aber es wäre ein schlechter Zustand wenn Mehrheit und Minderheit zusammen verwalten und sich nur alle fünf Jahre erinnern, dass sie nach allen jedesmal einstimmig gefassten Beschlüssen sich dann im Wahlkampf gegenüberstehen. Eine Opposition ist notwendig, sie schärft das Gewissen der Mehrheit und wir werden es an dem notwendigen Respekt gegenüber einer sachlichen Opposition niemals fehlen lassen.

Herr Gemeinderat Kunschak hat auch darauf hingewiesen, dass seine Partei nicht einmal als Landtagsklub ein Lokal im Rathause habe. Ich möchte darauf nur erwidern, dass es acht Jahre gedauert hat, bis der Präsident des Landtages, der zugleich der Obmann unseres Klub ist, ein kleines Hofkabinett ohne Vorraum zugewiesen erhalten konnte. Und dies war nur möglich, weil der Magistratsvizepräsident in Pension gegangen ist und ein Nachfolger nicht bestellt wurde. Es ist also nur der leidige Raummangel im Rathause schuld, dass wir Ihnen kein Lokal zuweisen können, mit der Partei hat dies gar nichts zu tun.

Herr Gemeinderat Kunschak hat als zweites Moment hervorgehoben, dass die stenographischen Protokolle des Gemeinderates und Land-

tagesnicht in Druck gelegt werden auch das hat mit dem parteiischen Standpunkt gar nichts zu tun, wir sind eben sparsam in jeder Beziehung und wollen das für die Drucklegung notwendige Geld für andere nützlichere Zwecke verwenden. Gerade in diesen Tagen wäre es ein unangenehmes Gefühl, wenn die 1500 Maschinschreibseiten aus welchen die Reden der letzten Tage enthalten sind, auf Kosten der Steuerträger der Nachwelt erhalten müssen. Herr Gemeinderat Kunschak hat auch schwere Angriffe und Anklagen gegen unsere Personalpolitik erhoben und versuchte an der Hand einzelner Beispiele nachzuweisen, dass wir in gehässiger Weise die Anhänger der christlichsozialen Partei, die Angehörigen einer anderen Lebens- und Weltanschauung bekämpfen. Er erzählte uns die "Eidengeschichte eines Rechnungsbeamten, der im XIII. Bezirk seinen Dienst getan hatte und im Jahre 1924 nach Sievering versetzt wurde. Es ist dies vielleicht nicht angenehm. Aber es muss bedacht werden, dass neunzig Prozent der Angestellten nicht in jenem Bezirk wohnen in dem ihre Dienststelle sich befindet. Von einer Gehässigkeit könnte man sprechen wenn ein solcher Beamter nach weiteren sechs Monaten nach Floridsdorf und dann wieder anderswo hin versetzt werden würde. Dieser selbe Mann ist ausserordentlich ausgezeichnet worden durch eine Stufenverrückung, was für ihn ein Mehreinkommen von 360 Schilling pro Jahr bedeutet. Der Angestellte hat diese Auszeichnung zurückgewiesen und ich glaube dass sich ein solcher Fall noch nicht ereignet hat, das als eine Verfolgung zu bezeichnen, ist jedenfalls arg. Ich kann noch andere Beispiele bringen von Angestellten, die Ihrer Partei in der unverbülltesten Weise angehören, die jedoch als pflichtgetreue Beamte bekannt sind und infolgedessen wiederholt ausgezeichnet wurden. Ich führe nur als Beispiel den früheren Stadtbaudirektor an, der auf dem Programm der christlichsozialen Partei kandidierte und es ist doch sicherlich überaus seltsam, dass einer der höchsten Beamten der Stadt sich im Gegensatz zu Mehrheit der Verwaltung stellt. Wir verlangen ja gar nicht, dass er sich unserer Partei anschliesse, es muss aber immerhin ein gewisses Vertrauensverhältnis bestehen. Dieser Stadtbaudirektor der 1919 gewählt wurde hat seinen Posten ausgefüllt und ist erst in dem Moment in Pension gegangen, als seine Dienstzeit vollendet war. Ein anderer Angestellter wurde in den Verfassungsgerichtshof gewählt. Auch dieser Mann hat niemals aus seiner Gesinnung das allgeringste Geheimnis gemacht, aber er war ein überaus tüchtiger Beamter, der auszeichnungswise und Obermagistratsrat/Senatsrat wurde, der die zweite Bezugsklasse erhielt weiter auszeichnungswise eine Stufenverrückung und zweimal recht ausgiebige Remunerationen. Ein anderer Obermagistratsrat wurde ebenfalls durch diesen Titel und die Verleihung der zweiten Bezugsklasse ausgezeichnet, er ist um zwei Stufen vorgerückt und hat in der Zeit von 1919 bis 1926 nicht weniger als elfmal Remunerationen erhalten. Ich will Ihnen aber auch aus dem Organ der christlichen Angestellten einen Artikel zur Kenntnis bringen, in dem es heisst, dass fünf der christlichen Gewerkschaft angehörigen Lehrer, zu Schulleitern ernannt wurden, darunter vier welche aus dem Schulverband ausgetreten sind. Ich stelle demgegenüber nur den Fall dass seinerzeit fünf sozialdemokratische Unterlehrer von der Gemeinde Wien entlassen wurden und dass auch unser Bürgermeister unter Ihrer Herrschaft es nur bis zum Unterlehrer bringen konnte. Sie haben ihm während Ihrer Herrschaft das Leben so unangenehm gemacht, wie

heute (Heiterkeit). Ich kann Ihnen nur sagen, dass viele meiner Parteigenossen dieses unser Vorgehen nicht verstehen. Wir haben jedoch einen Angestelltenkörper vorgefunden, der nach anderen Grundsätzen ausgewählt wurde. Wir können und wollen die Gesinnung dieser Menschen nicht ändern. Wir versuchen jedoch und es ist uns meistens auch gelungen auf diese

Angestellten durch die Art und durch den Ernst der Geschäftsführung einen nachhaltigen Einfluss auszuüben.

Wenn diese Angestellten, die vielleicht darauf gewartet haben, dass die neue Verwaltung Korruption übt, nun finden, dass diese Verwaltung vollständig rein ist, dann ist es begreiflich, dass sie uns eine starke Achtung entgegenbringen. Natürlich führen wir die Verwaltung nach unseren Grundsätzen, denn wir sind doch nicht hereingekommen, um die Verwaltung nach den Grundsätzen der Christlichsozialen zu führen (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten). Wie wir sie nach unseren Grundsätzen führen, so führen wir sie als eine reine Verwaltung.

Als einen weiteren Beweis, wie wir diese Minderheit missachten, hat Stadtrat Kunschak die Ermässigung der Fürsorgeabgabe angeführt. Er hat erzählt, dass seine Anträge im Finanzausschuss und Stadtsenat niedergestimmt wurden, wir aber diese Anträge im Gemeinderat eingebracht hätten. Ich mache gar kein Hehl daraus, dass ich noch nicht die Zeit für gekommen erachte, um Steuerermässigungen durchzuführen. Wir sind noch immer zu keiner Stabilisierung der Ausgabenwirtschaft gekommen. Sowohl von Ihrer Seite und noch mehr von unserer Seite werden starke Ansprüche an die Ausgestaltung des Fürsorgewesens, der Strassen und so weiter gestellt. Ich habe mich also gegen diese Ermässigung gewehrt. Im Laufe der Verhandlungen hat sich dann gezeigt, dass hier ein Gesetz vorliegt, das zu Streitigkeiten Anlass geben könnte. Ich habe dann in meiner Budgetrede diese Ermässigung der Fürsorgeabgabe angekündigt. Aber Stadtrat Kunschak muss zugeben, dass der Bürgermeister selbst ihm vorher Mitteilung gemacht hat. Es ist also nicht so, dass Sie davon überrascht sein konnten und dass man Ihnen das wegeskamotiert hat. Richtig ist allerdings, dass Sie dieses Entgegenkommen falsch aufgefasst haben und uns einen Wunschzettel überreichten. Nun hätten wir sagen können, die Minderheit ist nicht darauf eingegangen, daher werden wir auch die Fürsorgeabgabe nicht ermässigen. Wir sind aber nicht so unsachlich vorgegangen. Dafür wurden wir beschuldigt, dass wir die Minderheit verhöhnen. Wie es damit steht, zeigt am besten Ihr Parteiorgan.

Hier wird die Mehrheit verhöhnt, weil sie die Forderung der Minderheit erfüllt hat. Da ist es sehr schwer auf Ihre Anregungen einzugehen, wenn Sie immer einen Kübel von Hohn auf uns schütten. Bei der Wasserkraftabgabe kann in gar keiner Weise von irgend einer Unwirksamkeit des Gesetzes gesprochen werden. So lange die Elektrizitätswirtschaft in der stärksten Weise von den Wasserkraftwerken berührt wird, kann auf diese Abgabe nicht verzichtet werden.

Es ist das Recht der Minderheit, denn dazu sieht sie ja hier, Kritik zu üben. Allerdings spielt sich das so ab, dass wenn wir nach zwei Jahren ihren Wunsch der Minderheit erfüllen, es als Bosheit hingestellt wird, dass wir das nicht schon vor zwei Jahren gemacht haben. Sie werden

mit Ausnahme der Handsteuer nicht eine einzige Steuer finden, bei der Sie nicht entweder Ermässigungen oder die gänzliche Abschaffung verlangt hätten. Das die Mehrheit, die doch die Ausgaben bedecken muss, nicht sofort auf solche Wünsche der Minderheit eingehen kann, ist doch ganz klar. Es wurde mir auch der schwere, ernste Vorwurf gemacht, dass meine Budgetrede zu kurz war. Ich kann beim besten Willen Ihnen diesen Vorwurf nicht machen (Lebhafte Heiterkeit). 8 1/2 Stunden hindurch habe ich Ihre Kritik angehört und schon deswegen einen erheblichen Teil meiner Sünden abgestrichen. Aber hier handelt es sich doch nicht um eine persönliche Sache, sondern um das System. Das lässt sich in tausend Fällen nachweisen.

Sie haben eine Zusammenstellung der Leistungen der städtischen Unternehmungen an die Gemeinde verlangt. Sie wurde Ihnen gegeben. Daraus war zu ersieht, dass die städtischen Unternehmungen an Steuern einschließlich der Fürsorgeabgabe, im letzten Jahr sechs Millionen Schilling abgeführt haben. Aber wir haben Ihnen auch mitgeteilt, dass diese Unternehmungen im Jahre 1913 rund 46 Millionen Schilling an die Gemeinde abgeführt haben (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten). Es hat dann die Minderheit auf diesen Punkt gar keinen Wert mehr gelegt und er ist auch nicht behandelt worden. Wenn wir diesen Weg gehen wollen, den Sie gegangen sind, dann könnten wir sofort auf die Lustbarkeitsabgabe, Nahrungs- und Genussmittelabgabe, Fremdenzimmerabgabe, Hauspersonnelabgabe, Feilbietungsabgabe, Konzessionsabgabe und Grundsteuer verzichten. Das würde bewirken, dass wir Sie in die tödlichste Verlegenheit bringen, denn mit was würden Sie denn dann Ihre Agitation betreiben können (Sehr richtig!). Wir brauchten also nur zu Ihrem System der Besteuerung der Strassenbahnfahrergäste, der Gas- und Stromkonsumenten zurückzukehren und alle Kritik müsste bei Ihnen verstummen. Eines muss man Ihrer Verwaltung lassen. Sie haben die Technik der indirekten Steuern meisterhaft beherrscht. Sie haben den Hausherrn als Steuerzahler gehabt. Wenn eine Familie delogiert worden ist, weil sie den Mietsins nicht bezahlen konnte, dann hat man nicht auf die Gemeindegeschleppt, weil die wenigsten Menschen wussten, dass vierzig Prozent des Mietsinses öffentliche Abgaben waren. Sie haben eine Verzehrungssteuer eingehoben. Freilich nicht als eigene Steuer, sondern als einen Zuschlag zur staatlichen Steuer. Und wenn sich hier bei dem Finanzier Differenzen ergeben haben, dann hat sich alle Misstimmung auf den Staat ausgewirkt. Wer hat denn damals gewusst, dass wenn er auf der Strassenbahn fährt, Gas oder elektrisches Licht konsumiert, den Mietsins zahlt, das er für die Ausgaben der Gemeinde sorgt. Sie sagen, dass unser System die Wirtschaft schädigt. Wir sagen, dass unser System das soziale ist, weil es die Abgaben dort holt, wo eine grössere Zahl von Hausgehilfen vorhanden ist, wo man sich vergnügt, wo ein Auto gehalten wird und nicht dort, wo es sich um die Lebensbedürfnisse der Massen handelt. Dass diese Belastung für die Wirtschaft weit erträglicher ist, ist klar. Würden wir Ihren Weg gehen, dann würde das Gefühl von Gehässigkeit, das ^{wir} über uns ergehen lassen müssen, verschwinden (Beifall bei den Sozialdemokraten). Gewiss, wir halten an unserem System fest. Aber wir sind uns bewusst, dass gerade in den Zeiten des Ueberganges eine gewisse Elastizität bei den Steuern notwendig ist. Dem haben wir auch immer Rechnung getragen. Wir haben die Untermietabgabe, die Bodenwertabgabe und die Lastkraftwagenabgabe gänzlich abgeschafft. Bei der Fremdenzimmerabgabe, Feilbietungsabgabe, Lustbarkeitssteuer und Wertzuwachsabgabe sind bedeutende Ermässigungen ein-

getreten. Es ist wirklich so, dass in dem Mass, als dies möglich ist, wir Erleichterungen schaffen. Aber Sie dürfen es doch nicht als ein Zeichen als unserer Schwäche auffassen, wenn wir Steuern ermässigen. Wenn man alle Proteste der Interessenten erfüllen wollte, dann dürfte man überhaupt keine Steuern einheben. Ich werde das auf die Tür meines Büros anschlagen lassen. Das stammt nicht von mir, sondern das hat am 4. September 1917 mein Vorgänger, der christlichsoziale Finanzreferent und heutige Vizebürgermeister Hoss im Gemeinderat gesagt.

Es wird auch immer eine Parallele zwischen dem armen Bund und der reichen Gemeinde gezogen. So stehen die Dinge gar nicht. Von einem armen Bund kann man absolut nicht sprechen. Ich gestehe offen, wenn an uns mit dem Wunsch herangetreten wird, über Nacht einem uns befreundeten Institut 700 Milliarden zu geben, dass wir das nicht tun werden (lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten). Wir tun das nicht, weil wir das Geld für die laufenden Ausgaben brauchen. Auch über die Kassenbestände der Gemeinde wird viel gesprochen. Einmal sagen Sie es sind 500 Millionen Schilling, da nun nur mehr 250 Millionen. Ich habe im Finanzausschuss und im Stadtsenat in vertraulichen Sitzungen alle Auskünfte gegeben. Ich muss wiederholen, dass wir von dieser Summe, so leid mir das tut, sehr weit entfernt sind. Wenn uns hier die Wegdarlehen als Kassenbestände angerechnet worden sind, so muss ich doch sagen, dass man ein Darlehen nur einmal ausgeben kann und es dann in der Kasse fehlt. So gibt es noch eine Reihe von ähnlichen Posten. Eine Verwaltung aber ohne Vorratswirtschaft zu führen ist unmöglich. Wir müssen für die Schulen und Anstalten Kohle vorrätig haben, wir brauchen Lebensmittel und Wäsche und tausenderlei Dinge. Da können wir nicht sagen, dass wir ganz einfach diese Vorräte ausgehen lassen werden. Sie müssen immer wieder erneuert werden und das kostet ungeheure Summen, die wir nicht mehr in der Kasse haben. Auch die Steuerrückstände sind wohl Aktivposten, gehen aber hinüber in das nächste Gaberungsjahr. Ich bitte dem Gemeinderat zu glauben, dass wir leider über keine hohen Kassenbestände verfügen, dass sie auf das Knappste ausreichen und ich bin gerne bereit in vertraulicher Sitzung dem Gemeinderat genaue Mitteilung zu machen.

Wie steht es mit den Vorwürfen bezüglich der Unaufrichtigkeit bei der Erstellung des Voranschlags. Hier sollte man eine Parallele zwischen Bund und Gemeinde ziehen. Der Bund hat im Jahre 1925 ein Defizit von 74 Millionen Schilling präliminiert. Ergeben hat sich ein Überschuss von 76 Millionen Schilling. Das ist ein Unterschied von 150 Millionen Schilling, ein aussergewöhnlich hoher Betrag. Ich habe noch nicht gehört, dass daraus dem Bund irgend ein Vorwurf gemacht worden wäre. Der Bund rühmt sich offen, dieses Erfolge einer beharrlichen und zielbewussten Arbeit. Bei der Anhängigkeit der Gemeinde vom Bund kann man gar nicht prüfen, wie der städtische Voranschlag genau aussehen wird. Was die Steuererträge und ihre Veranschlagung anlangt, können wir ruhig jeden Vergleich mit dem Bund aufnehmen. So hat die Zuckersteuer des Bundes im Jahre 1926 einen Ertrag von 6,5 Millionen Schilling im Voranschlag verzeichnet. Für das Jahr 1927 sind 10,3 Millionen Schilling eingesetzt. Also eine Steigerung von 59 Prozent von einem Jahr auf das andere. Die Bundesregierung hat die Erwerbsteuer stark herabgesetzt und Sie haben uns das wiederholt vorgehalten. Da muss denn doch gesagt werden, dass im Jahre 1926 der Ertrag der Erwerbsteuer mit 25 Millionen Schilling im Bundesvoranschlag aufscheint, während für 1927 ein Ertrag von 44 Millionen Schilling errechnet wird. Das ist eine Steigerung um 75 Prozent, von einem Jahr auf das andere. Und da machen Sie uns zum Vorwurf, wenn die Lastbarkeitsabgabe einen Mehrertrag ergibt. Wir haben also gar keine Ursache irgend einen Vergleich mit dem Bund zu scheuen.

Im Budget des Bundes werden als Ausgaben für die Verzinsung und Tilgung der Völkerbundanleihe fast 102 Millionen Schilling ausgewiesen. Dieser Betrag muss von der Bevölkerung aufgebracht werden und wandert ins Ausland. Ich frage nun wo sind die Werke, die mit der Völkerbundanleihe geschaffen wurden (Beifall bei der Mehrheit). Wir waren selbstverständlich niemals Gegner der Stabilisierung der Währung. Aber wir waren schon damals der Anschauung, dass die Mittel für die Stabilisierung aus dem Inland zu holen waren (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Es hat sich auch später dies als richtig herausgestellt, denn wir wissen, dass die Summe welche in den Frankenspekulationen verloren wurde, höher war, als die Völkerbundanleihe. Wenn der Bund diesen riesigen Betrag für

Verzinsung und Tilgung nicht alljährlich zahlen müsste, könnte er auf eine Fülle von Steuern verzichten, er könnte nebst Erlassung von einer Reihe drückender Konsumsteuern auch noch auf die Hälfte der Warenumsatzsteuer verzichten. Sie sehen daraus, dass Schuldenmachen keine Erleichterung der Wirtschaft bedeutet.

In unseren Gesetz über die Lustbarkeitsabgabe ist eine Kücke. Es wird nämlich nicht das Vergnügen besteuert das man hat, wenn man die alten Protokolle des Gemeinderates liest. Man findet da viele Stellen der Erheiterung und man kann sehr deutlich sehen, wie Menschen sich ändern, wenn sie aus der Mehrheit zur Minderheit werden. Hierzu nur ein Beispiel: Ich lese hier folgendes: "Wir müssen aus dieser Bankherrschaft herauskommen! Wir können den Staat nicht der Regie einiger interessanter Köpfe überantworten. Wir müssen den Staat freich machen! Und wenn immer von Demokratie gesprochen wird, dann suchen Sie die Demokratie nicht allein auf dem Gebiete der Wahlreform, nicht allein auf dem Gebiete der Ausgestaltung des Wahlrechtes für Gemeinde, Land und Reichsrat, nicht allein auf dem Gebiete der Umgestaltung der Regierung, sondern vor allem auf dem Gebiete der Freiheit und der Unabhängigkeit vom internationalen, spekulativen Grosskapital. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen)." Es heisst dann weiter: "Als wir im vorigen Jahre in dieser Saale beschlossen, eine Anleihe von hundert Millionen aufzunehmen, war diese Anleihe eingezahlt in dem Augenblicke, wo wir den Gemeinderatsbeschluss fassten, war das Anlehen schon bedeckt, es brauchte gar nicht angekündigt werden. Ein Beweis, dass unsere Banken das Geld in jedem Augenblicke zur Verfügung haben, wenn es ihnen günstig erscheint, das Geld auch wir wirklich herzugeben. Sollen wir den Frieden hineingehen und wieder als Bettler vor den Türen der Bankdirektoren bitten, dass sie uns Geld geben, das wir brauchen, um unsere Gemeindefirtschaft wieder aufzurichten? Nein! Diese unwürdige und entwürdigende Rolle dürfen wir nicht mehr spielen und so möge denn dieser Anlass wenigstens zu einem geistlichen Resultate für die Gemeinde Wien führen, möge wenigstens die Gemeinde Wien aus den Klauen des Bankkapitals befreit und auf die tragbaren Schultern unserer patriotischen und opferfreudigen Wiener Bevölkerung gestellt werden. (Lebhafter Beifall). Diese Worte wurden vom Gemeinderat Kunschak in der Gemeinderatssitzung vom 4. Dezember 1917 gesprochen (Hört, Hörtrufe bei der Mehrheit und lebhafter Beifall). Wir werden an dem Standpunkt festhalten, dass einmalige Ausgaben die nicht in sich jede Verzinsung tragen, aus den laufenden Einnahmen decken, als schleichender Boljewismus

Die Wohnbaupolitik wird als schleichender Boljewismus bezeichnet. Wenn es in dieser Stadt nicht zum Boljewismus gekommen ist, so ist dies durchaus nicht das Verdienst der Bürgertums, und während in unserer unmittelbaren Umgebung in Bayern und in Ungarn voljewistische Regierungsformen eingeführt wurden, war es gerade die Sozialdemokratie in Oesterreich, die gegenüber den verängstigten Bürgertum gefunden hat, dass diese Form für uns eine Unmöglichkeit ist.

Erinnern Sie sich nur wie vor 25 und 30 Jahren Dr. Lueger gegenüber den Gasgesellschaften, den privaten Elektrizitätsgesellschaften und der Strassenbahn vorgegangen ist. Mit starker Faust wusste er sie niederzuringen und damals ist nicht vom Boljewismus gesprochen worden - dieses Wort war damals ja noch nicht erfunden - es war aber genau dasselbe Vorgehen, wie wir es jetzt handhaben.

Stadtrat Breitner bespricht nun im Einzelnen die Wohnungspolitik und bemerkt, dass beim Wasserturm 40 Kleinhäuser fertiggestellt wurden und dass es bis jetzt nur möglich gewesen ist, 25 dieser Häuser an den Mann zu bringen, während die übrigen 15 Häuschen noch auf den Käufer warten trotzdem eine ausgezeichnete Strassenbahnverbindung dorthin führt, trotzdem das Gas, Wasser und elektrische Leitung eingeführt wurde. Es wird auch ein Vergleich angestellt, mit den Siedlungshäusern "Mein Heim". Das sind keine Arbeiterhäuser mehr, das sind schon Villen. Auf diese Häuser wurden Hypotheken aufgenommen, die nicht verzinnt werden und die niemals zurückgezahlt werden. Der Bau von einigen hundert Häusern kann doch nicht die Lösung des Wohnungsproblems bedeuten. Die Stadt Wien ist nunmehr weitaus der grösste Wohnungseigentümer in Wien geworden, das Wohnungsamt ist zugleich die grösste Häuserverwaltung der ganzen Welt. Bis Ende Dezember 1926 wird das Amt über 37.000 Wohnungen zu verwalten haben, das heisst, dass jede sechzehnte Wiener Familie in einer Gemeindefwohnung haust; wenn die noch veranschlagten Wohnungen fertiggestellt sein werden, wird jede dreizehnte Wiener Familie in einem Gemeindehaus ihr Heim haben. Die Gemeindeverwaltung hat es als ihre Hauptaufgabe und ihre Hauptpflicht erkannt, dem Menschen dort zu helfen, wo er am bedürftigsten ist. Wenn gesagt wird, dass unsere Steuern hart sind, so müssen Sie zugeben, dass es noch viel grössere Härten gibt. Ich führe zum Beispiel an, dass im Jahre 1910 in Wien nicht weniger als 2612 zwangsweise Delogierungen stattgefunden haben. Heutzutage kommt das nicht mehr vor.

Stadtrat Kunschak (chr. -soz.): Delogiert wird heute nurmehr in Gemeindefhäusern.

Stadtrat Breitner: Es kann im Laufe eines Jahres vielleicht vier- bis fünfmal vorkommen, dass Menschen sich in die Hausgemeinschaft nicht finden können, solchen wird eine andere Wohnung zugewiesen. Aber der Fall, dass eine Partei mit ihren Möbeln auf die Strasse gestellt wurde, ist noch nicht vorgekommen. Frau Dr. Motzko hat ein wenig günstiges Urteil über unsere Bauten gefällt.

Gemeinderat Huber (chr. -soz.): Herr Bürgermeister, Gemeinderat Schleifer hat das Zeichen gemacht, ich soll mich aufhängen (Rufe bei der Minderheit: Schmeissen Sie den Kerl hinaus, wenn er nicht weiss wie er sich zu benehmen hat). Von einem Juden lass ich mir das Aufhängen nicht schaffen.

Bürgermeister Seitz erzuht um Ruhe, der Lärm dauert an.

Bürgermeister Seitz : Entweder appellieren Sie an den Vorsitzenden dass er Ordnung macht, oder halten Sie Ruhe. Ich werde aufmerksam gemacht, dass ein Mitglied des Hauses eine hier wirklich hier unzulässige Bewegung gemacht hat. Ich habe das selbst nicht beobachtet, wenn dies wirklich der Fall ist, muss ich eine solche Bewegung rügen.

G.R. Preger : Er muss zur Ordnung gerufen werden!

St.R. Breitner Frau Gemeinderat Motzko hat insbesondere kritisiert, dass die Wohnungen zu klein sind. Ich gebe zu, dass diese Wohnungen nach deutschen und englischen und amerikanischen Begriffen klein sind, nach unseren Begriffen und gegenüber den früheren Zuständen sind sie ganz angemessen. Wenn die Wohnungen schon als Spucktrücherl bezeichnet werden, so sind es wenigstens hygienische und tadellos reine Spucktrücherln. Und es ist Tatsache, dass nicht nur die Erwachsenen sondern auch die Kinder sich in solchen Wohnungen viel wohler fühlen, und dass die Kinder viel reiner gehalten werden. Der Redner bespricht nun die Gemeindebauten in der früheren Zeit insbesondere die Wohnhäuser der Strassenbahner und weist nach, dass auch hier Wohnungen sich befanden, die nicht mehr als 30 Quadratmeter massen und die Aborte in einen Lichtschacht führten für ein Ausmass von sechs Quadratmeter hatte. Unser Mindestausmass war bis jetzt 35 Quadratmeter und bei den künftigen Häusern wird dieses Minimum schon 38 Quadratmeter betragen. Redner bespricht weiters die Ankaufe von Häusern durch die Gemeinde Wien und führt aus, dass 25 Häuser ausgesprochene Demolierungshäuser waren, 5 Häuser wurden gegen Leibrenten angekauft, ein Haus musste die Gemeinde Wien erwerben, weil sie eine Sicherstellung darauf hatte, vier Häuser standen in Verbindung mit Grunderwerbungen und nur vier Häuser können als freier Ankauf bezeichnet werden. Das sei wohl nicht übermässig. Was den Besitz der Gemeinde an Aktien anlangt, wurde eine phantastische Zahl genannt. Der Wert aller Aktien der Gemeinde beträgt rund drei Millionen Schilling. Bei der Erwerbung von Aktien von fünfzehn Gesellschaften wurde im Gemeinderat überhaupt keine Debatte abgeführt. Alle Aktienankäufe wurden im Gemeinderat behandelt. Der Bund geht da ganz anders vor! Der Finanzminister hat die Banken und Sparkassen gezwungen die Anleihe der zur Refundierung der bei der Zentralbank verlorenen Gelder zu nehmen. Ausserdem müssen diese Institute für die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihe aufkommen. Der Finanzminister hat weiter aus den Steuergeldern dreissig Milliarden Kronen an Böhmen geborgt und es ist fraglich ob Kapital und Zinsen jemals zurückgezahlt werden. Wir sind immer darauf bedacht, dass die Opposition in allen unseren Unternehmungen eine Kontrolle ausüben kann. Wir müssen aber darauf bestehen, dass jene Grundlinien der Verwaltung, die wir als richtig bezeichnet haben, weiterhin so bleiben bis die Wähler neu entschieden haben.

Über die Gruppe Finanzwesen
 Stadtrat Breitner ersucht nun in die Spezialdebatte/einzugehen und bemerkt, dass nach der eingehenden Erörterung bei der Generaldebatte sich weitere Erörterungen erübrigen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit)

Bürgermeister Seitz teilt mit, dass zu dieser Verwaltungsgruppe sechzehn christlichsoziale Redner vorgemerkt sind. Es spricht zuerst sechzehn Redner, lauter Christlichsoziale, vorgemerkt sind. Als erster Redner spricht Gemeinderat Zimmerl, der namens des Klub der christlichsozialen sechzehn Redner (Christlichsoziale), vorgemerkt sind. Als erster Redner spricht Gemeinderat Zimmerl, der zunächst dem Stadtrat Kunschak im Namen des christlichsozialen Gemeinderatsklubs für die am Mittwoch gehaltene Rede dankt und dann ausführlich die einzelnen Gemeindeabgaben bespricht.

Um ein Uhr mittags unterbricht der Bürgermeister die Sitzung. Gemeinderat Zimmerl wird am Montag nach der Sitzung des Wiener Landtages seine Ausführungen fortsetzen.